Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1926

40 (17.2.1926)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen, Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark, Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Redaktion, Druck und Verlag: Adolf Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10 101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem od. Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 40 — **Mittwoch, den 17. Februar 1926** — **96. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Für das Volksbegehren zur Fürstenabfindung ist eine Einzeichnungsfrist vom 4. bis 17. März festgesetzt worden. Die Regierung hofft aber auf gesetzliche Regelung ohne Volksbegehren.

Im Reichstag wurde am Montag und Dienstag über Verkehrsfragen beraten, im besonderen über den Neckarkanal. Das Projekt wurde genehmigt und ein deutschnationaler Verzögerungsantrag abgelehnt.

Der Generalsekretär des Völkerbundes reist am Mittwoch wieder von Berlin nach Genf zurück.

Im französischen Parlament wurden in einer Tag- und Nachtsitzung die Finanzgesetze der Regierung mit allerdings wesentlichen Abänderungen angenommen.

Der Kampf um die Ratssitze im Völkerbund ist noch in vollem Gang. Nach wie vor hüllt sich die englische Regierung in Schweigen. Ueber die amtliche deutsche Anfrage auf diplomatischem Wege liegt noch kein Ergebnis vor.

Deutscher Reichstag

Berlin, 15. Febr.

Nach debatteloser Annahme des vorläufigen Handelsabkommens mit der Türkei in dritter Lesung wurde die zweite Beratung des **Haushalts des Reichsverkehrsministeriums** fortgesetzt.

Abg. **Schütz** (Komm.) verlangte die Fortsetzung der angefangenen Kanalbauten, die die beste Gelegenheit zur Beschäftigung Erwerbsloser bieten. Der Redner verwies dann auf die Korruption bei den leitenden Beamten der Reichsbahn. Der Vorsitzende ihres Verwaltungsrates sei derselbe Dr. von Siemens, der im Aufsichtsrat zweier Gesellschaften sitze, die das Lieferungsmonopol für die Reichsbahn haben.

Fragen der **Neckarkanalisation** besprach dann Abg. **Keil** (Soz.) und wandte sich gegen die Stellungnahme des Abgeordneten Hanemann in dieser Frage.

Abg. **Dr. Wieland** (Dem.) wünschte eine bessere Erhaltung und Erneuerung des Eisenbahnoberbaues. In der Automobilbesteuerung wandte er sich gegen die hohen städtischen Sondersteuern nach Berliner Muster.

Abg. **Mollath** (Wirtsch. Ver.) forderte den Ausbau des Kanalnetzes und der Hafenanlagen.

Abg. **von Rheinbaben** (D. Vp.) setzte sich besonders für den notleidenden niederschlesischen Bergbau ein und forderte Hilfsmaßnahmen durch eine entsprechende Tarifpolitik der Reichsbahn für die niederschlesischen Kohlen.

Reichsverkehrsminister Dr. Krohne verwies darauf, daß 80 Prozent der deutschen Wasserstraßen in Preußen liegen und daß sich die Verkehrsinteressen auf diesem Gebiet vielfach mit den Interessen der Länder begegnen. Das Ministerium habe nicht die Absicht, den freien Wettbewerb der Kraftwagenverkehrsgesellschaften durch ein Reichsmonopol aufzuheben. Der Minister sicherte auch eine Berücksichtigung der Forderungen des Abg. Freiherrn von Rheinbaben zugunsten des niederschlesischen Bergbaues zu. Der Neckarkanal solle ausgeführt werden. Ueber das Unglück im Tunnel bei Oberhof äußerte sich Ministerialdirektor **Gutbrodt**. Die Untersuchung über die Ursache sei noch nicht vollständig abgeschlossen. Die Zahl der Eisenbahnunfälle habe sich dem Vorjahre gegenüber vermindert und sei gegenüber anderen europäischen Ländern wesentlich geringer.

Abg. **Stöhr** (Völk.) betonte, daß die im Dawesvakt Deutschland auferlegten Lasten von unserer geschwächten Wirtschaft nicht getragen werden können. Auf eine Bemerkung dieses Redners erklärte Reichsverkehrsminister **Krohne**, daß das Gehalt des des Generaldirektors der Reichsbahngesellschaft einschließlich der Sonderzulagen nicht 250 000, sondern nicht ganz 100 000 Mk. betrage.

Das Neckarkanalprojekt genehmigt

Ablehnung des deutschnationalen Antrags auf nochmalige Ausschußberatung im Reichstag

Am Dienstag wurde die zweite Beratung des Hausbalts des Reichsverkehrsministeriums fortgesetzt.

Abg. **Dr. Gildemeister** (D. Vp.) begründet eine Entschließung, die Reichsregierung möge umgehend in eine Nachprüfung der **Tarifpolitik der Reichsbahn** eintreten, insbesondere in der Richtung, daß Nachteile für die deutsche Produktion vermieden werden. Der Redner bezeichnet die jetzige Tarifpolitik als durchaus falsch. Die Reichsbahn dürfte sich auch nicht das Recht anmaßen, die Konkurrenz der Binnenschiffahrt und des Kraftwagenverkehrs durch Monopolisierung auszuschalten.

Abg. **Wallraf** (Dn.) richtet an die Regierung die Mahnung, den Schutz der deutschen Landschaft auch bei der Durchführung von Verkehrsprojekten nicht zu vergessen. Die von **Heidelberg** aus gegen das **Neckarkanal-Projekt** geäußerten Bedenken in dieser Richtung sollten doch zu einer Zurückweisung dieses Projektes an den Ausschuß führen.

Reichsverkehrsminister **Dr. Krohne** wendet sich **gegen die Zurückverweisung des Projektes an den Ausschuß**. Vom Ministerium seien alle Maßnahmen getroffen worden, damit durch die Kanalisierung die Schönheit des Landschaftsbildes im Neckartal nicht beeinträchtigt wird.

Damit ist die allgemeine Aussprache beendet. In der Einzelberatung beantragt Abg. **Rosenbaum** (Komm.) die Streichung aller für den **Reichswasserschutz** ausgesetzten Mittel.

Reichsverkehrsminister **Dr. Krohne** tritt für die Aufrechterhaltung des Reichswasserschutzes ein, der zum Schutz der Verkehrsanlagen an den Wasserstraßen nicht entbehrlich sei.

Abg. **Erkens** (Ztr.) hält den Reichswasserschutz für überflüssig und bittet den Minister, bis zur dritten Beratung mit den Ländern über eine Aufhebung dieser Einrichtung zu verhandeln.

Die Abstimmung über den Reichswasserschutz wird zurückgestellt.

Abg. **Rosenbaum** (Komm.) wendet sich gegen die Art der Subventionierung der Flugzeugfabriken. Die Ausbildung der Flugzeugführer erinnere geradezu an eine militärische Ausbildung.

Reichsverkehrsminister **Dr. Krohne** spricht unter der lebhaften Zustimmung der Mehrheit sein schärfstes Bedauern über die Ausführungen des Abg. Rosenbaum aus, die den Eindruck erwecken könnten, als würden die Luftverkehrsbestimmungen von Deutschland verletzt. Die jetzt in Paris schwebenden Luftverkehrsverhandlungen könnten durch solche unverantwortliche und grundfalsche Reden für Deutschland sehr erschwert werden. Von einer militärischen Ausbildung der Flugzeugführer sei keine Rede, wenn auch strenge Bedingungen an die Leute gestellt würden, denen man später Flugzeuge und Menschenleben anvertrauen will. Aus der Subventionierung der Flugzeugfabriken sei nie ein Hehl gemacht worden. Sie sei notwendig, um die technischen Fortschritte auch dem deutschen Flugverkehr nutzbar zu machen.

Es folgen die Abstimmungen. Die Anträge, die sich auf die Rechtsverhältnisse und die Personalpolitik bei der Reichsbahn beziehen, werden dem Rechtsausschuß überwiesen. Ein Antrag **Hemeter** (Dn.) auf Gleichstellung der Fabrikkartoffeln mit den übrigen in den Frachtsätzen wird im Hammelsprung mit 128 gegen 126 Stimmen bei 11 Enthaltungen angenommen. Einstimmig angenommen wird ein Antrag Hemeter, der die Bahnhofswirtschaften zur Bereitstellung von frischer Milch verpflichtet.

Ein kommunistischer Antrag verlangt Reichsentschädigung für die Opfer des Eisenbahnunglücks im polnischen Korridor. Reichsverkehrsminister **Dr. Krohne** teilt mit, daß die Schiedsgerichtsverhandlungen über die Entschädigungspflicht der polnischen Regierung noch nicht abgeschlossen sind. In Fällen dringender Not habe das Reich schon vorweg die Geschädigten unterstützt. Es werde das auch weiter tun. Der kommunistische Antrag wird abgelehnt.

Der Antrag **Hanemann** (Dn.) auf nochmalige Ausschußberatung des **Neckarkanalprojektes wird abgelehnt**, das Projekt genehmigt.

Die Mittel für den Reichswasserschutz werden gegen die Stimmen der Kommunisten bewilligt.

Politische Streiflichter

Man kann am Aschermittwoch nicht erwarten, daß die Welt vom Faschings-Dienstag her ein großes neues Programm darbietet oder daß das politische Geschehen plötzlich eine Wendung genommen hätte, wobei natürlich nicht ausgeschlossen sein soll, daß in der Narrheit der Fastnacht auch ein guter Gedanke geboren wird. Leider ist es aber so, daß die Welt und die europäische Politik von heute noch immer etwas mehr vom Narrenkleid der Zeit trägt, als man gewöhnlich wahrzunehmen pflegt. Es läge nahe Mussolinis Größenwahn und die Tyrannisierung der Deutschen in der Tschechoslowakei als eine Narrheit der Zeit zu charakterisieren. Aber leider sind die Dinge viel zu ernst und für die Betroffenen zu schwer und zu traurig, als daß man darüber einen Epilog zur Fastnacht schreiben könnte. Trotzdem wird die Volksweisheit recht behalten, die politisches Geschehen dieser Tage als eine Ausgeburt der Verrücktheit geißelt. Das bezieht sich nicht nur auf so und so viele Fragen unserer Außenpolitik, wir denken dabei an den Völkerbund, auch in unseren innerpolitischen Verhältnissen stoßen wir auf Dinge, denen geradezu die Narrenkappe übergezogen ist. Hoffen wir, daß sie eines Tages doch fällt und der klare Kopf und freie Sinn wieder zum Durchbruch kommt, nicht etwa nur bei einzelnen Führern, sondern in den weitesten Kreisen des Volkes. Denn nicht nur in der Politik, auch in der Wirtschaft und in der Verwaltung — wir denken z. B. nur an den Bürokratismus, der heute noch herrscht — hängen die Zipfel einer Narrenkappe deutlich hervor. Also weg damit — der Aschermittwoch ist da!

*

Der **Sprachenkampf in der Tschechoslowakei** macht sich immer stärker bemerkbar. Der erste Vorstoß auf Grund der neuen Verordnung erfolgte in der ehemals freien Reichsstadt Eger, wo in der Stadtratssitzung der einzige Vertreter der Tschechen mit Bezug auf die Sprachenverordnung einen Antrag einbrachte, daß mit sofortiger Wirkung alle Anträge und Protokolle des Egerer Stadtrats an erster Stelle in tschechischer Sprache zu erfolgen hätten. Da die Stadtgemeinde Eger über keinen Beamten verfügt, der diese Sprache genügend versteht, war es unmöglich, dem Verlangen zu entsprechen. Der tschechische Stadtverordnete protestierte gegen die Nichtübersetzung der Referentenanträge und stellte die Behauptung auf, daß alle Beschlüsse, bei denen wieder seiner Forderung nicht entsprochen werde, ungültig seien. Da sich die politische Bezirksverwaltung auf den gleichen Standpunkt stellte, hatte es keinen Zweck, weiter im Stadtrat zu verhandeln, worauf die Sitzung aufgehoben wurde. Bezeichnend ist, daß der Tscheche erklärte, daß er wohl wisse, daß die Durchführung seines Verlangens, also der Uebersetzung der Anträge ins Tschechische, eine maßlose Verzögerung der Amtierung bedeute; sein Vorgehen sei aber die einzig richtige Antwort auf den Protest der Stadtgemeinde gegen die Sprachenverordnung gewesen.

Die im Deutschen Verband zusammengeschlossenen Parteien in Böhmen veranstalteten in Aussig eine große Versammlung als Protest gegen die tschechischen Sprachenzwangsverordnungen, an der nicht nur zahlreiche Abgeordnete und Senatoren, sondern auch eine Reihe Bürgermeister deutscher Städte teilnahmen. Hiebei wurde folgende Kundgebung beschlossen:

„Die Sprachenverordnung der Prager Regierung vom 3. Febr. 1926 bedroht die Lebensrechte unserer deutschen Sprache. Während die tschechische Sprache Herrenrechte genießt bis in den letzten und ärmsten deutschen Gebirgswinkel, wird unsere Sprache bei Aemtern und Behörden auf die Geltung eines zur Not geduldeten Verständigungsmittels herabgedrückt. Das Sudetendeutschtum hat dem Sprachengesetz vom Jahre 1920 stets die wirkliche Berechtigung abgesprochen, weil es ohne jede Mitwirkung der Vertreter unseres Volkes zustande kam und selbst jene armseligen Verpflichtungen verletzt, welche die tschechischen Staatslenker mit den Minderheitsschutzverträgen übernahmen und welche den freien Gebrauch der deutschen Sprache gewährleisteten. Die Sprachenverordnung aber verschlechtert noch den durch das Sprachengesetz geschaffenen Zustand. Der Ministerpräsident, der vor fünfeinhalb Jahren den deutschen Abgeordneten die Mitwirkung bei der Abfassung der Sprachenverordnung vor ihrer Verlautbarung zusicherte, hat sein Wort nicht gehalten. Die Verjagung der deutschen Staatsangestellten soll weitergeführt, den Söhnen des deutschen Volkes der Zutritt zu den öffentlichen Stellen verwehrt werden. Ueber das feierliche Versprechen des Sprachengesetzes, daß wir unsere deutschen Schulen in unserer Sprache werden verwalten können, geht die Verordnung mit dem Hinweis auf die Verfügungsgewalt des Unterrichtsministers hinweg. Die freie Verwaltung unserer Gemeinden in unserer Muttersprache wird mit dem Untergang bedroht. Sogar das einfachste Naturrecht jedes Menschen auf Gebrauch seiner Muttersprache im Privatverkehr, das selbst in der tschechoslowakischen Verfassung gewährleistet erscheint, wird der Willkür der politischen Verwaltung ausgeliefert. Darum verlangen wir von unseren Volksvertretern, daß sie im Inland und Ausland den Kampf gegen das uns angetane Unrecht mit allen gebotenen und zulässigen Mitteln führen. Wir fordern aber auch jeden einzelnen Volksgenossen, alle Vereinigungen und Einrichtungen unseres öffentlichen deutschen Lebens auf, das **Recht unserer Sprache hochzuhalten und zu wahren** immerdar und überall. In diesem Kampf soll und muß das ganze Sudetendeutschtum von einem einzigen Willen beseelt sein. **Es kann nicht eher Frieden im Lande sein, bis all das uns angetane Unrecht gutgemacht ist, das Recht unserer Sprache anerkannt wird und dem deutschen Volkstum die volle Gleichberechtigung in diesem Staate zugesichert wird.**"

*

Hand in Hand mit der Tschechei geht **Polen**, das in **Ostoberschlesien** mit einer Deutschenverfolgung eingesetzt hat. Die Verhaftungen von Angehörigen des Deutschen Volksbunds gehen weiter ohne Grund und ohne Aufklärung gegenüber der Oeffentlichkeit. Ein ostoberschlesisches polnisches Blatt schreibt: „Gegen das Deutschtum gibt es nur ein System: sich von ihm zu trennen und die Konsequenzen daraus zu ziehen, die Deutschen von der polnischen Erde zu vertreiben, auszurotten und zu vernichten." (!) Und mit einem solchen Gesindel von Menschheit sollen wir uns im Völkerbund vertragen!

*

Demgegenüber stellt gleichzeitig Preußen den Dänen in der Nordmark von Schleswig, die man uns raubte, die kulturelle Gleichstellung her. Der amtliche preußische Pressedienst teilt nämlich mit: Das preußische Staatsministerium hat durch besonderen Erlaß der dänischen Minderheit in den Grenzkreisen der Provinz Schleswig-Holstein weitgehende Rechte auf dem Gebiet des Schulwesens gewährt. Wie es in der Mitteilung des amtlichen preußischen Pressedienstes weiter heißt, bestand bisher nur in Flensburg eine öffentliche Volksschule mit dänischer Unterrichtssprache, sowie eine von der dänischen Minderheit unterhaltene Privatschule. Nunmehr soll das Bedürfnis für die Errichtung einer öffentlichen Volksschule in den Schulverbänden der Grenzkreise Flensburg-Stadt, Flensburg-Land und Süd-Tondern allgemein anerkannt werden, wenn die Erziehungsberechtigten von mindestens 24 schulpflichtigen Kindern es beantragen. Das Bedürfnis für die Errichtung privater Volksschulen für die dänische Minderheit soll bereits dann anerkannt werden, wenn ein entsprechender Antrag für 10 schulpflichtige Kinder gestellt wird. Für diese privaten Volksschulen werden staatliche Zuschüsse gewährt.

Drummonds Berliner Besprechungen

Berlin, 16. Febr. Der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, traf sich Montag nachmittag beim englischen Botschafter mit dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann. Drummond gab dann auch beim Reichspräsidenten und beim Reichskanzler seine Karte ab. Am Dienstag fand ein Frühstück bei Dr. Stresemann statt, bei welcher Gelegenheit der Generalsekretär auch mit dem Reichskanzler zusammentraf. Die Besprechungen sind durchweg vertraulich. Drummond wird am Mittwoch Berlin verlassen.

*

Der Besuch Sir Eric Drummond ist, wie die Blätter hören, in erster Linie ein Akt der Höflichkeit. Es werden wie schon bekannt, rein technische Fragen behandelt werden. Auch wird die Personalfrage bezüglich des Sekretariats beim Völkerbunde besprochen. Heute vormittag hat der Reichsaußenminister und Frau zu einem Frühstück geladen, an welchem u. a. teilnahmen: Der Reichskanzler, der Staatssekretär in der Reichskanzlei, Staatssekretär von

Schubert, der deutsche Gesandte in Bern, Adolf Muller, Ministerialdirektor Gaus, der englische und der französische Botschafter. Beschlüsse über die Genfer Delegation sind noch nicht gefaßt.

Die Verhandlungen drehen sich gegenwärtig in der Hauptsache um die Reden, die bei der Aufnahme Deutschlands am 8. März von den einzelnen Delegationsführern gehalten werden. Hemmungen bestehen bei uns allerdings noch so lange, bis nicht unzweideutige Aeußerungen der Ratsmächte darüber vorliegen, daß sie den Bestrebungen auf Vermehrung der ständigen Ratssitze sowie der Erweiterung des Rats selbst keinerlei Gehör schenken werden. In diesem Sinn sind auch die deutschen Botschafter bereits vorstellig geworden. Ihre Berichte dürften, sofern sie nicht schon in Berlin eingetroffen, nach der Reichshauptstadt unterwegs sein. Außerdem gibt es noch eine ganze Reihe **technischer Fragen** zu klären. Es muß u. a. Klarheit darüber herrschen, wie sich die Aufnahme zu vollziehen hat, ob also der Sitzung ein besonders feierlicher Charakter zu verleihen ist und ob die Außenminister der betreffenden Völkerbundsmächte selbst in Genf erscheinen werden. Soviel bis jetzt bekannt geworden ist, wollen **Briand, Chamberlain** und die übrigen Außenminister zum 8. März nach Genf kommen. **Dr. Stresemann** wird bestimmt die deutsche Delegation führen. Darüber, ob auch der Reichskanzler **Dr. Luther** mitfährt, ist noch keine Entscheidung getroffen worden. Erst am Schluß der Berliner Besprechungen soll die Frage der Stellenbesetzung in Ordnung gebracht werden.

Abschluß der Finanzdebatte in der französischen Kammer

Paris, 16. Febr. Die Kammer hat in der Nachtsitzung die Beratung der einzelnen Artikel des Finanzgesetzentwurfes zu Ende geführt. Eine lebhafte Debatte entwickelte sich über die Frage der Fälligkeit der am 4. Dezember von der Kammer angenommenen, in dem Finanzgesetz Laucheurs enthaltenen Steuern. Gegen den Widerspruch des Finanzministers Doumer, sowie des Generalberichterstatters beschloß die Kammer mit 253 gegen 159 Stimmen, auch diese Steuern erst im Laufe des Jahres zu erheben. Auf den Hinweis des Vorsitzenden des Finanzausschusses, daß dann die im Mai fälligen außerordentlichen Ausgaben in Höhe von drei Milliarden Francs ungedeckt bleiben und hierdurch **eine neue Inflation entstehen werde,** beschließt die Kammer, daß bis zum 1. Mai drei Viertel dieser Steuer fällig werden sollen.

Die Kammer nahm in der Nachtsitzung mit 385 gegen 171 Stimmen den Art. 21 des Finanzgesetzentwurfes an, der eine Ausfuhrsteuer von höchstens 2 und wenigstens 0,2 Proz. vorsieht. Die Höhe der Steuer ist für die einzelnen Warengattungen verschieden. Angenommen wurde ferner Artikel 22 des Finanzgesetzentwurfes, der die Umsatzsteuer auf 2½ Prozent festsetzt.

Um 6.35 Uhr hat die Kammer nach der Generaldiskussion über den Gesamtfinanzgesetzentwurf, dessen Ertrag mit 1,6 Milliarden beziffert wird, abgestimmt. Ministerpräsident Briand stellte die Vertrauensfrage. Der Gesamtgesetzentwurf wurde mit 258 gegen 145 Stimmen angenommen.

Paris, 16. Febr. In der Kammer hat der Generalberichterstatter als voraussichtliches Ergebnis der Beratungen der Steuergesetze angegeben: Ersparnisse in der Handhabung der Finanzverwaltung 300 Millionen, ein Plus an Einkomensteuer 200 Mill., ein Plus bei den Sporteln für amtliche Eintreibungen 300 Millionen, ein Plus an indirekten Steuern 275 Millionen, ein Plus der Besteuerung der Vermittlungstransaktionen 125 Millionen, Ertrag der Exportsteuer 400 Millionen, insgesamt 1600 Millionen. Die Regierung muß also, um das Defizit des Budgets für 1926 zu decken, noch eine neue Einnahmequelle im Betrage von 2400 Millionen erschließen.

Deutschland.

Das Volksbegehren

Berlin, 16. Febr. Die Reichsregierung hat die gesetzlich vorgeschriebene Zulassung des von der sozialdemokratischen Partei und der kommunistischen Partei beantragten Volksbegehrens auf Einbringung eines Gesetzes über die Enteignung der Fürstenvermögen beschlossen, nachdem festgestellt war, daß die gesetzlichen Voraussetzungen für die Zulassung erfüllt sind. Mit dieser Zulassung hat die Reichsregierung lediglich den gesetzlichen Vorschriften über die Behandlung solcher Anträge entsprochen. **Den Inhalt des Gesetzentwurfes, der eine völlig entschädigungslose Enteignung vorsieht, macht sie sich in keiner Weise zu eigen.** Sie arbeitet vielmehr darauf hin, daß die gegenwärtig im Reichstage geführten Verhandlungen über eine **angemessene Regelung der Auseinandersetzungsfrage bald zu einem gesetzlichen Abschluß gelangen, und daß dann der weitergehende mit dem Volksbegehren verfolgte Antrag, wenn er nicht zurückgezogen wird, abgelehnt wird.**

Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Verordnung des Reichsministers des Innern, in der die Eintragungsfrist für das von der sozialdemokratischen und kommunistischen Partei beantragte Volksbegehren „Enteignung der Fürstenvermögen" auf die Zeit vom 4. März bis einschließlich 17. März 1926 festgesetzt wird

Der neue Administrator von Südwestafrika

Berlin, 16. Febr. Südafrikanischen Zeitungsnachrichten zufolge wird unser ehemaliges Schutzgebiet Deutsch-Südwestafrika am 1. April d. Js. einen neuen Administrator, Herrn Werth aus Kronstadt im Oranjefreistaat, erhalten. Herr Werth war bisher Parlamentsabgeordneter der Nationalen Partei, ist deutscher Abstammung und beherrscht auch die deutsche Sprache. Nach dem Urteil von Deutschen in Südwestafrika, die Herrn Werth persönlich kennen, darf man unsere deutschen Brüder in Südwest und unsere ehemalige Kolonie zur Ernennung dieses Administrators beglückwünschen.

Verhandlungen mit der Tschechoslowakei um den Bahnhof Eger

Berlin, 16. Febr. Wegen Abtretung des Bahnhofes Eger an die Tschechoslowakei stehen, wie die Blätter hören, Verhandlungen bevor.

Ausschuß für körperliche Erziehung im Reichstag

Berlin, 16. Febr. Auf Grund des Antrages, den der Deutsche Reichsausschuß für Leibesübungen am 12. Januar an den Präsidenten des Deutschen Reichstags gerichtet hat, hat der Aeltestenausschuß des Reichstages beschlossen, einen interfraktionellen Ausschuß für körperliche Erziehung zu begründen. Der Ausschuß tritt am 17. Februar zur konstituierenden Sitzung zusammen

Die deutsche Anfrage wegen der Ratssitze

Berlin, 16. Febr. Wie nunmehr amtlich bestätigt wird, hat die Reichsregierung auf diplomatischem Wege an die Staaten, die Mitglieder des Völkerbundsrates sind, die Anfrage gerichtet, ob die Absicht bestehe, außer Deutschland noch andere Staaten zu ständigen Ratsmitgliedern zu machen. Mit diesem diplomatischen Schritt greift die Reichsregierung in die Verhandlungen ein, die zwischen den im Völkerbund vertretenen Staaten bereits seit längerer Zeit schweben.

Ausland.

Paul Boncours Bericht über Locarno

Paris, 16. Febr. „Journal" zufolge heißt es in dem Bericht über das Abkommen von Locarno, den der Abgeordnete Paul Boncour im Namen des Kammerausschusses für auswärtige Angelegenheiten ausgearbeitet hat: Das große Verdienst des Abkommens von Locarno liegt darin, daß zwischen dem Ausbruch einer Streitigkeit und dem Zeitpunkt, an welchem auf Grund dieses Zwistes ein Krieg entstehen könnte, ein langes Verfahren und lange Debatten eingeschaltet sei. Wenn die Abkommen auch unbestreitbare Verdienste hätten, so genügten sie an sich nicht und man müsse sie ergänzen, indem man den Völkerbund verstärke. Wenn Frankreich auch seine Abrüstung fortzusetzen wünsche, so könnte dieses nur entsprechend den Sicherungen, die ihm gegeben würden, erfolgen

Chamberlain über die Militärkontrolle in Deutschland

London, 16. Febr. Im Unterhaus sagte Chamberlain in Erwiderung auf eine Anfrage, er sei nicht in der Lage, ein genaues Datum zu nennen, zu dem die Militärkontrollkommission aus Deutschland zurückgezogen werde. Dies müsse von der Erfüllung der in der Note der Botschafterkonferenz vom 16. Dezember 1925 verzeichneten deutschen Verpflichtungen abhängen. Wenn die Kommission ihre Aufgabe erfolgreich zum Abschluß gebracht habe, dann würden die nötigen Schritte unternommen, um dem Völkerbund das Aufhören der alliierten Militärkontrolle mitzuteilen. In Erwiderung auf eine weitere Anfrage sagte Chamberlain, vor der Räumung der Kölner Zone am 1. Oktober seien die Zahlen der alliierten Besatzungstruppen im Rheinland folgende gewesen: Engländer 9000, Franzosen 73 100 und Belgier 17 100 Mann. Am 1. Februar 1926, d. h. unmittelbar nach der Räumung Kölns, seien die Zahlen annähernd folgende gewesen: Engländer 7800, Franzosen 59 000 und Belgier 7500 Mann.

Vereinbarung zwischen Tschangtsolin und Wupeifu

London, 16. Febr. Laut „Daily Telegraph" sind Tschangtsolin und Wupeifu zu einer vollkommenen **Vereinbarung über ein künftiges Zusammenwirken gelangt.** Tschangtsolin werde nicht selbst auf Peking marschieren und sei vollkommen damit einverstanden, daß Wupeifu die Hauptstadt besetze und dort eine verfassungsmäßige Regierung errichte.

Aus Baden.

Weg mit den illustrierten ausländischen Wochenschriften!

Im „Oberbadischen Volksblatt" in Lörrach lesen wir:

„In ganz Oberbaden sind zur Zeit zwei schweizerische illustrierte Zeitungen sehr verbreitet. Die Zeitungen haben zugleich noch **Abonnenten-Versicherung** und machen zurzeit riesige Reklame zwecks Abonnentenfang. Es werden den Abonnenten weitere hohe Prämien versprochen... Wie die Schadenfälle geregelt werden, geht aus folgenden Beispielen hervor: Während des Sommers 1925 kamen hier zwei tödliche Unfälle vor, für welche je einer der Zeitungsverlage kompetent war. Der eine der Unfälle betraf einen Eisenbahnarbeiter. Obwohl die heutige Reichseisenbahnverwaltung das Geld nicht zum Fenster hinauswirft, ist dieser Unfall von dieser Seite längst anerkannt und geregelt, während die arme Witwe, wenn sie etwas will, gegen den Verlag den Prozeßweg beschreiten muß, und das noch dazu vor schweizerischem Gericht, weil die Firma bei uns nicht konzessioniert ist. Auch der zweite Unfall ist bis heute noch nicht geregelt. Hier wäre es jedenfalls die höchste Zeit, daß das deutsche Reichsaufsichtsamt eingreifen würde, bevor noch ungezählte Tausende deutscher Reichsmark ins Ausland wandern, ohne wieder zurückzukommen."

Die Frage des Lörracher Blattes an das Reichsaufsichtsamt ist vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt aus gewiß berechtigt. Nicht minder bedenklich ist die juristische Seite der Angelegenheit. Da diese Versicherungszeitschriften ihren Sitz in der Schweiz haben, ist für die Versicherungsabschlüsse nicht deutsches, sondern ausländisches Recht maßgebend, und im Streitfall ist ausschließlich das ausländische Gericht kompetent. Wie schwierig es aber ist, im Ausland gegen ein dort beheimatetes Unternehmen Rechtsansprüche durchzusetzen, ist zur Genüge bekannt. Freilich die Wenigsten von denen, die sich zu einem Abonnement bestimmen lassen, wissen eben, daß sie es mit einer fremdländischen Zeitung zu tun haben. Denn von diesen Versicherungsblättern wird aus guten Gründen die Herkunft zu verschleiern gesucht.

Wer sich gegen Unfall sichern will, der lasse sich nicht für eine zweifelhafte ausländische Zeitungsversicherung einfangen, sondern gebe zu einer soliden deutschen Versicherungsfirma! Erstens läßt er dann sein Geld im Lande, zweitens hat er die Hilfe bei deutschen Gerichten im Schadenfalle. Wer aber am Sonntag ein Unterhaltungs- oder Erbauungsblatt zur Hand nehmen will, der halte ein bodenständiges deutsches Blatt und kein ausländisches Schriftwerk, das seinem Wesen fremd ist!

*

Karlsruhe, 16. Febr. (Auflösung des Privateigentums des Großherzogs.) Das Privateigentum des früheren Großherzogs von Baden, die Waldgemeinde Zwingenberg mit nahezu 1635 Hektar Wald, wird aufgelöst und den Nachbargemeinden zugeteilt. Die Verhandlungen stehen vor dem Abschluß.

Karlsruhe, 16. Febr. (Plenarsitzung des badischen Landtags.) Die nächste öffentliche Sitzung des badischen Landtags findet am Donnerstag statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a.: Bericht über den vom Finanzminister vorgelegten Vertrag vom 5. Juni 1925 über die vierte Ergänzung des Neckar-Donauvertrages vom 1. Juni 1921, die Anträge der Abg. Behringer und Genossen und Dr. Glockner und Genossen, Besoldungssperrgesetz, die Anträge der Abg. Scheel und Genossen, Beschaffung langfristiger Kredite für Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft.

Karlsruhe, 16. Febr. (Zum Eppinger Mord.) Die Heidelberger Staatsanwaltschaft hat die Untersuchung in der Ep-

---

Der Siebente.

Roman von **Elsbeth Borchart.**

40. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Hatte die Sonne heute nicht einen stärkeren Glanz, der Himmel ein tieferes Blau — dufteten die Bäume nicht herrlicher als früher, und sangen die Vögel nicht lauter? War sie in ein Zaubermärchen versetzt, oder waren es noch die alten Bäume, dieselben Blumen und Vögel, die einst ihr Glück und dann ihr herbes Leid gesehen hatten? Verloren war es ihr und nun wiedergeschenkt, doppelt, dreifach.

Ihre Brust, in der das Herz wieder kräftig klopfte, vermochte der Empfindungen, die sie überfluteten, nicht Herr zu werden. Nur weiter — weiter hinein in diese ihr neu geschenkte Welt — genießen, bewundern. —

Mechanisch warf sie den Schwänen die in der Eile mitgenommenen Krumen hin und ging weiter am Ufer entlang dem Walde zu, wie eine Träumende.

Da — ein sporenklirrender Schritt.

Sie fuhr erschreckt zusammen. Wenn sie doch jemand überraschte — vielleicht der Förster — der Inspektor — was sollte sie sagen — wie erklären?

Der Schritt kam näher, und ihr Herzschlag setzte sekundenlang aus. Es war derjenige, vor dem sie ihr Geheimnis bis jetzt aus einem ihr selbst rätselhaften Grunde gehütet, ängstlich gehütet hatte. Waren er und die Kinder schon von ihrem Ritt zurück, hatte sie sich so über die Zeit getäuscht? Sie vermochte in diesem Augenblick nichts Klares zu denken.

Sie sah nur, wie der Mann, der ihr entgegenkam, plötzlich stehen blieb, als überwältigte ihn etwas, oder als sähe er eine Vision, und dann sah sie nichts mehr, bis er vor ihr stand, ihre beiden Hände hielt und sie küßte — sie hörte Worte, in denen die Bewegung zitterte.

„Gräfin — Sie allein hier — den weiten Weg — wie ist es denn möglich?"

Da hob sie die Augen, in denen jetzt ein holdes, schönes Lächeln lag, zu ihm auf.

„Das fragen Sie, Herr Seeger? Haben Sie selbst es mir nicht hundertmal und mehr prophezeit, daß es so kommen würde — und nun sind Sie überrascht?"

„Mehr als das — gestern noch —"

„Seien Sie mir nicht böse," fiel sie ihm ins Wort und reichte ihm die Hand, „ich täuschte Sie absichtlich."

„Gnädigste Gräfin —"

„Ich wollte meiner Sache erst sicher sein," fuhr sie, noch immer lächelnd, fort, und nur der Klang ihrer Stimme war nicht ganz fest. „Sehen Sie hier das Resultat der selbständigen Gehversuche, die ich heimlich machte, und nun sagen Sie mir, womit ich Ihnen danken kann für alle Ihre Geduld und Mühe und dafür, daß Sie mich herausrissen aus meinem energielosen Dahindämmern, meine Lust und Liebe zum Leben wachriefen!"

Es glomm plötzlich heiß und rätselhaft in Seegers Augen auf und erlosch ebenso schnell wieder. Tief beugte er sich über ihre Hand, die noch in der seinen ruhte.

„Gräfin," — auch seine Stimme zitterte jetzt merklich — „ich tat nichts als meine Pflicht, als ich Sie darauf aufmerksam machte, daß Ihr Leiden heilbar sei. Ich habe zu danken, daß Sie mir Vertrauen schenkten und meine Ratschläge befolgten. Den Erfolg haben Sie Ihrer eigenen Kraft und Energie zuzuschreiben."

Ein feines Rot stieg in ihre Wangen. Er wies ihren Dank ab, und wie feinfühlend und zart! Heiß stieg es ihr zum Herzen auf, und instinktiv entzog sie ihm die Hand, die er noch nicht losgelassen hatte.

„Und — was soll ich den anderen sagen? Man wird forschen, wissen wollen — wodurch — woher — durch wen," fragte sie.

„So bitte ich Sie dringend, gnädigste Gräfin, meine Person ganz aus dem Spiel zu lassen, wenigstens solange ich noch die Stellung als Hauslehrer auf Gerolstein bekleide."

„Also — auch meinen Kindern gegenüber?"

„Ich bitte darum."

„Nun gut — wie Sie wollen, entgegnete sie nach kurzem Zögern, denn sie glaubte, seine Beweggründe wohl zu verstehen, und achtete sie, wenn es sie auch schwer dünkte, das Geheimnis, besonders ihren Kindern gegenüber, zu wahren.

„So werde ich sagen, daß ich mich einer Kur unterzog, die eine" — sie lächelte jetzt — „Autorität mir geraten hat. Sind Sie damit einverstanden?"

„Mit allem sonst!" antwortete er mit halbem Lächeln und küßte ihre Hand.

Sie wandte sich schnell, und ihre Haltung und Miene nahm jetzt trotz aller Freundlichkeit wieder etwas Stolzes, Reserviertes an.

„Nun möchte ich zu meinen Kindern," sagte sie. „Ich kann es kaum erwarten, mich ihnen zu zeigen — ich zittere vor Freude über ihre Ueberraschung. Wo sind die Knaben?"

„Eberhard und Karl Heinz sind im Schloß — darf ich gnädigste Gräfin dorthin zurückführen?"

Er bot ihr den Arm, wie er es täglich bei ihren Gehproben im Zimmer getan hatte. Es war so selbstverständlich, so gewohnt, und dennoch zögerte sie.

„Trauen Sie meinen Kräften doch nicht, Herr Seeger?"

„Das wohl — aber mit seinen Kräften muß man haushalten. Sie haben einen weiten Weg gemacht — erstaunlich weit, und spüren keine Ermüdung, kein Versagen?"

Sie schüttelte den Kopf. Sie war innerlich so froh, so glücklich.

„Wissen Sie, daß ich erst heute voll an meine Genesung glaube?" fragte sie, ihre Hand nun auf seinen Arm legend und mit ihm zurückgehend.

Er lächelte.

„Ich habe nie daran gezweifelt."

Und so gingen sie und sprachen weiter, immer dasselbe, von ihren Zweifeln und Kämpfen, von seiner zuversichtlichen Hoffnung. Ueber ihnen rauschte es leise in den alten Bäumen, es flüsterte geheimnisvoll.

Nun hatte sie den großen, freien Platz vor der Terrasse erreicht.

Ein zitternder Aufschrei aus Knabenmund.

„Mutter — Mutter!"

Seeger hatte Waltrauts Arm jäh sinken lassen, und nun stand sie da und breitete die Arme aus.

„Eberhard!"

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

pinger Mordsache, da nunmehr Aufklärung erfolgt ist, an die Staatsanwaltschaft Karlsruhe abgegeben, um die weitere Behandlung der Angelegenheit zu erleichtern, da sonst zwei getrennte Verhandlungen stattfinden müßten. Beide Fälle werden gemeinsam vor dem Karlsruher Schwurgericht zur Verhandlung kommen. Die Anklage dürfte auf Mord lauten.

Pforzheim, 16. Febr. (Auslandshonig für bayerischen Honig.) Hier wurde seit einiger Zeit auf dem Wochenmarkt und in Ladengeschäften „Honig der Bayerischen Honigzentrale" mit einem Flugblatt, das den Honig als bayerisches Erzeugnis und nicht als Auslandsware kennzeichnet, verkauft. Nun ist das Verschlußzeichen der Bayerischen Honigzentrale ganz ähnlich dem der Honigverwertungsgenossenschaft Bayerischer Bienenzüchter und für den Leser kaum zu unterscheiden. Zwei entnommene Proben wurden dem bayerischen Landessachverständigen, Landwirtschaftsrat Schreiber, eingesandt und als Auslandshonig (Faßware) bezeichnet. Auch das städtische Lebensmitteluntersuchungsamt stellte das Vorhandensein von Auslandshonig in dem verkauften Honig fest. Da Auslandsware nicht als Inlandsware verkauft werden darf, so wurde die Weiterverfolgung dieser Angelegenheit der Staatsanwaltschaft übertragen.

Pforzheim, 16. Febr. (Ein Messerheld.) Als nachts ein Herr im Begriff war, nach Hause zu gehen, stieß er auf der Schwarzwaldstraße mit einem noch unbekannten jüngeren Mann zusammen, der ihm nach kurzem Streit zwei Stiche beibrachte.

Bauerbach (Amt Bretten), 16. Febr. (Vom Auto überfahren.) An der scharfen Kurve bei der hiesigen Kirche stieß das Auto des Mühlhinger Zigarrenhändlers Neff mit einem Radfahrer, einem 17jährigen jungen Mann aus Diedelsheim, zusammen. Dieser hat erhebliche Verletzungen davongetragen.

Heidelberg, 16. Febr. (Bürgermeisterwahl.) Da am 1. April die Dienstzeit des kommissarisch eingesetzten Bürgermeisters Greulich in Ostersheim abläuft, hat der Gemeinderat von Ostersheim den Termin zur Bürgermeisterwahl auf Montag, den 8. März, angesetzt.

Mannheim, 16. Febr. (Ein Süddeutschlandflug.) Ein Süddeutschlandflug findet nach der vorläufigen Festsetzung vom 12. bis 16. Mai statt und wird von Mannheim ausgehen. Es handelt sich vor allem um einen Zuverlässigkeitswettbewerb, bei dem eine 2000 Kilometer lange Luftlinie auf dem Dreieck Frankfurt a. M.—München—Bodensee zurückzulegen ist. Mit dem Aufstieg in Mannheim wird der neue Mannheimer Flugplatz eingeweiht werden.

Ostersheim, 16. Febr. (Einbruchsversuch in eine Kirche.) In der Nacht zum Samstag wurde versucht, in die hiesige katholische Kirche einzubrechen. Der Täter wurde ertappt, als er mittels einer Leiter in die Kirche einzusteigen versuchte. Er ließ die Leiter stehen und entfloh in der Dunkelheit. Leider konnte man den Täter nicht festnehmen.

Schwetzingen, 16. Febr. (Als Leiche geländet.) Am Samstag wurde in der Nähe von Heidelberg oberhalb der Friedrichsbrücke die seit Montag voriger Woche vermißte 32 Jahre alte Frau Frieda Bofinger von hier tot aus dem Neckar gezogen. Es dürfte sich um einen Selbstmord handeln.

Müllheim, 16. Febr. (Zeichen der Zeit.) Ein Rebstück von zirka 7 Ar wurde wegen hoher Rebbaukosten von seinem Besitzer zum Preise von 10 Mark verkauft.

Forbach, 16. Febr. (Zum Ausbau der Murgtalbahn.) Eine von Vertretern Badens und Württembergs hier abgehaltene, zahlreich besuchte Versammlung hat nach eingehender Erörterung der Sachlage im Hinblick darauf, daß die Vollendung der Murgtalbahn ohne allen Zweifel als einer der wichtigsten des Ausbaues harrenden Bahnbauten zu betrachten sei und daß dazu der Weg der produktiven Erwerbslosenfürsorge als der zurzeit gangbarste bezeichnet werden müsse, einmütig folgende Entschließung gefaßt: 1. Es ist eine Eingabe an den Reichstag zu richten mit der Bitte, das zum Bau der Bahn gesetzlich verpflichtete Reich wolle im Benehmen mit den Landesregierungen Badens und Württembergs aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge der Reichsbahngesellschaft das zur Vollendung dieses Bahnbaues erforderliche Baukapital zur Verfügung stellen; 2. dem Reichswirtschaftsministerium, dem Reichsarbeitsministerium, dem Reichsverkehrsministerium und den Landesregierungen sowie den Landtagen Badens und Württembergs ist diese Entschließung alsbald zur Unterstützung zu unterbreiten. — Unterzeichnet ist die Entschließung vom Oberamtmann des Amtsbezirkes Freudenstadt, Knapp, dem Oberbürgermeister der Stadt Rastatt, Renner, und dem Stadtverordneten und stellvertretenden Vorsitzenden des Verkehrsvereins Karlsruhe, Fr. Lang.

Freiburg, 16. Febr. (Die Unternehmerverbände zur Wirtschaftskrise.) Die in der wirtschaftlichen Vereinigung der Unternehmerverbände, Abteilung Baden, zusammengeschlossenen über 50 Organisationen der Industrie, des Handels, des Handwerks und der Land- und Forstwirtschaft haben sich in einer vor wenigen Tagen in Freiburg abgehaltenen Sitzung eingehend mit der Lage der Wirtschaft befaßt und sind dabei zu folgender Entschließung gekommen: „Die Krisis ist schwer. Die Belastung unerträglich. Die Not kann überwunden werden nur durch gemeinsame Arbeit der beteiligten Kreise, durch gegenseitiges Verständnis und durch Verständnis und durch Verständigung über den Ernst der Lage und ihren äußeren und inneren politischen Ursachen, durch Beschränkung aller Ansprüche auf das notwendigste, durch sparsamste Wirtschaftsführung der Einzelperson und der Einzelbetriebe, sowie in Reich, Ländern und Gemeinden durch Selbstbescheidung der Parlamente, Parteien und Berufsstände. Hand in Hand mit diesen inneren wirtschaftlichen Bestrebungen muß die Handelspolitik den Anschluß Deutschlands an die Weltwirtschaft ermöglichen. Nur rücksichtslose Offenheit, unbedingt ehrliche Darstellung unserer Lage nach innen und außen, Beachtung der Gesetze der Wirtschaft können uns helfen, die heutige Krise zu überwinden und das Reich und seine Wirtschaft in eine bessere Zeit hinüber zu retten."

Grunern (Amt Staufen), 16. Febr. (Brand.) Nachmittags brach in dem Anwesen des Altbürgermeisters Klein ein Brand aus, durch den die Scheune vernichtet wurde. Das Vieh konnte gerettet werden. Die Brandursache ist unbekannt.

Todtnauberg, 16. Febr. (Bürgermeisterwahl.) Der zweite Wahlgang hat der Gemeinde ein neues Oberhaupt gegeben. Mit 207 Stimmen wurde der Gemeinderat und Bürstenfabrikant Johann Mühl, der schon im ersten Wahlgang die höchste Stimmenzahl auf sich vereinigte, zum Bürgermeister gewählt.

St. Blasien, 16. Febr. (Der Kampf um die Bezirksämter.) Neben de Bevölkerung des Wiesentals wegen Wiedereinrichtung des Bezirksamtes Schönau hat auch die Bevölkerung von St. Blasien und Umgebung Schritte unternommen, um das aufgehobene Bezirksamt St. Blasien wiederzubekommen. Aber auch diese Schritte dürften wohl ohne Erfolg bleiben, da sich die badische Regierung aus Ersparnisrücksichten ablehnend verhält. Dagegen will man die Amtstage vermehren und evtl. besser ausgestalten.

Konstanz, 16. Febr. (Tödlicher Unfall.) Am Sonntag nachmittag ereignete sich auf dem Platz an der Lutherkirche ein tödlicher Unfall. Die 60 Jahre alte Postschaffnersehefrau Möhrle wurde von einem hiesigen Autovermieter überfahren und erlitt dabei so schwere Verletzungen, daß sie auf dem Transport zum Krankenhause verstarb.

Tauberbischofsheim, 16. Febr. (Glück im Stall.) Im Stalle des Gutsbesitzers Johann Fuchs in Unterwittighausen warf eine Kuh drei Kälber. Die Tiere sind gesund.

Aus Stadt und Land.

— **Aschermittwoch.** Bis tief in den Aschermittwoch hinein schlagen die wilden Wogen bis zur Neige ausgekosteter Fastnachtsfreuden — soweit von solchen Freuden im armen Deutschland noch die Rede sein kann. Aber mit dem Aschermittwoch brechen die Stunden der Buße, hebt die Fastenzeit an. Mit dem Aschermittwoch ist das jedes Jahr einmal hochflammende Lebenslicht des Prinzen Karneval wieder erloschen, und die vierzigtägige Fastenzeit vor Ostern hat begonnen.

— **Die Erwerbslosigkeit in Baden.** Der durch die Kreditnot seit Monaten aufs stärkste gehemmte Arbeitsmarkt zeigt in der Hauptsache noch das Bild der seitherigen ungünstigen Entwicklung. Eine leichte Besserung war fest nur in einigen Außenberufen zu verspüren; in den großen industriellen Gruppen hingegen ist im ganzen noch keine Wendung zum Besseren eingetreten. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger ist von 82 798 am 3. Februar noch auf **83 136** am 10. Februar gestiegen, die Zahl der Arbeitsuchenden sogar auf 102 227.

— **Für Altbesitzer von Reichsanleihen.** Die Altbesitzer von Reichsanleihen sind, wie in zahlreichen Fällen festgestellt wird, trotz Aufklärung immer noch der irrigen Meinung, daß die Banken in der Lage seien, ohne Mitwirkung des Altbesitzers die Ansprüche von sich aus anzumelden. Demgegenüber muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß die Banken, Sparkassen usw. nicht die Möglichkeit haben, von sich aus eine Anmeldung vorzunehmen. Vielmehr muß der Altbesitzer bei der Ausfüllung der Antragsvordrucke mitwirken. Wer sich darauf verläßt, daß seine Bankverbindung für ihn die Anmeldung vornehmen wird, läuft Gefahr, seine Altbesitzansprüche zu verlieren. Die Frist läuft bereits Ende Februar ab. Eine Verlängerung der Frist ist ausgeschlossen. Den Altbesitzern kann nur aufs dringendste geraten werden, sich unverzüglich um die Beschaffung der Vordrucke zu bemühen und sie bei einer Vermittlungsstelle (Bank usw.) einzureichen.

— **Eine neue amtliche Warnung vor gewissen Adreßbuchunternehmungen.** Die Industrie- und Handelskammer zu Kiel veröffentlichte folgende Bekanntmachung: „Es erscheint angebracht, die Kaufmannschaft auf die üblen Erscheinungen, die sich im Adreßbuchwesen vielfach herausgebildet haben, aufmerksam zu machen. In den letzten Jahren hat man die Erfahrung machen müssen, daß zahlreiche Unternehmungen ohne Rücksicht auf die Bedürfnisfrage Adreßbücher, Branchenverzeichnisse und Nachschlagewerke herausbringen wollten. In sehr vielen Fällen war es den betreffenden Unternehmungen nicht darum zu tun, ein wirklich brauchbares Nachschlagewerk zu schaffen, sondern sie schoben ihre eigenen Erwerbsinteressen in den Vordergrund. Es wurden Agenten ausgesandt, um für Anzeigen zu werben und Bestellungen entgegenzunehmen. Die Anzeigen wurden vielfach im Voraus bezahlt, ohne daß die Aufgeber jemals wieder etwas von dem Adreßbuch oder Branchenbuch gehört haben. Die Werber machen auch öfters falsche Angaben. Es ist deshalb erforderlich, daß die Firmen bei Aufgabe von Anzeigen für Adreßbücher und Branchenverzeichnisse größte Vorsicht walten lassen und vorher Erkundigungen über den Ruf des betr. Verlages einziehen."

Berufswahl

Nur der Tüchtige soll Kaufmann werden!

Kurz vor Ostern beschäftigen sich sorsame Eltern noch einmal recht eingehend mit der Frage, welchen Beruf ihre die Schule verlassenden Kinder ergreifen sollen. Die übergroße Stellenlosigkeit der kaufmännischen Angestellten weist mit zwingender Notwendigkeit darauf hin, daß nur die Tüchtigsten Aussicht haben, gerade in diesem Beruf den Kampf um das Dasein zu bestehen. Berufsämter und Berufsberatungsstellen bemühen sich, für die Berufsauslese schon eine Vorarbeit zu leisten, die in vielen Fällen gut und nützlich ist. Es kann den Eltern deshalb nur empfohlen werden, vor der endgültigen Entscheidung sich mit diesen Stellen in Verbindung zu setzen. Damit wird verhütet, daß junge Menschen in Berufe eingereiht werden, für die sie nur wenig Eignung besitzen und umgekehrt werden veranlagte Jugendliche den für sie aussichtsreichen Berufen zugeführt. Ist die Wahl unter Berücksichtigung der unbedingten Befähigung dann getroffen, müssen gute Ausbildung in der Lehrstelle und großes Interesse für den Fachunterricht in der kaufmännischen Fortbildungsschule auf jeden Fall vorausgesetzt werden. Mit der Vermittlung von fachtechnischen Kenntnissen und Wirtschaftswissenschaften kann die Aufgabe aber noch nicht erfüllt sein. Die Liebe zum Beruf muß geweckt werden. Es gilt, den Geist der Arbeit zu pflegen und den jungen Menschen in ein persönliches Verhältnis zu seinem Beruf zu bringen. Im G.D.A. (Gewerkschaftsbund der Angestellten) sind zu diesem Zwecke die Lehrlinge in besonderen Gruppen zusammengefaßt. In „Arbeitsgemeinschaften" läßt man ihnen zunächst ein Bild des Kaufmanns aus alter und neuer Zeit entstehen. Da werden die alten berühmten Handelshäuser, die Fugger und Welser, besprochen; aus der Geschichte der Hansa wird vorgelesen und Einblick in das moderne Kaufmannsleben gewährt. Sachkenner sprechen über die Kulturaufgaben des Kaufmanns und über die Mitwirkung des kaufmännischen Angestellten an der Wiederaufrichtung der deutschen Wirtschaft. Belehrende Vorträge wechseln mit Plauderrunden über kaufmännischen Briefwechsel ab. Man diskutiert, wie die Ware verkauft wird, über gute und schlechte Reklame und warum der Kaufmann zur Buchführung verpflichtet ist. Einzelne Buchführungssysteme werden durchgearbeitet, Vorteile der Buchführung besprochen usw.; ferner die Zusammenhänge von Beruf und Wirtschaft vermittelt. Handel und Wandel anderer Länder, Ursprungsorte der Erzeugnisse, Verkehrswege, Verkehrsmittel, Schiffahrt, Eisenbahn, Post, Luftverkehr, Telegraph erfahren eingehende berufliche Betrachtung.

Die Wissensmaterie wird mit lebendigem Geist erfüllt, anregend behandelt, um Freude am Beruf zu bereiten und Liebe zur Sache zu wecken.

Die GDA-Jugendgruppen erfüllen damit eine hohe Aufgabe an dem Jugendlichen und leisten den Eltern und der Nation einen großen Dienst. Weitere Auskünfte über gute Lehrfirmen und Lehrverträge erteilen die Geschäftsstellen und Ortsgruppen des GDA. Für den Bezirk Karlsruhe, Geschäftsstelle Karlstr. 6.

Buntes Allerlei

Marinemaler Karl Becker gestorben. In Nienstedten ist der Marinemaler Karl Becker im 63. Lebensjahre gestorben. Von Becker stammen u. a. die dekorativen Wandgemälde im deutschen Schiffahrtspavillon auf der Pariser Weltausstellung im Jahre 1900.

Das Verfahren gegen Dr. Luppe eingestellt. Das Verfahren gegen Oberbürgermeister Dr. Luppe ist von der Strafkammer in Nürnberg eingestellt worden.

Krefeld und nicht mehr Crefeld. Vom 1. Februar 1926 ab ist die Schreibweise der Stationsnamen, die mit der Stadt Krefeld zusammenhängen, amtlich einheitlich dahin geändert worden, daß sie mit einem K und nicht mehr mit einem C als Anfangsbuchstabe zu versehen sind.

Neueste Nachrichten.

Die Gewerkschaften beim Reichswirtschaftsminister.

T.U. **Berlin,** 16. Febr. Auf Einladung des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius fand im Reichswirtschaftsministerium eine Aussprache mit den Vertretern der Arbeitnehmer-Spitzen-Organisationen statt. Dr. Curtius betonte, daß er größten Wert auf eine dauernde Fühlungnahme mit den Gewerkschaften und auf die Herstellung eines gegenseitigen Vertrauensverhältnisses lege.

Er ging dann näher auf die großen schwebenden Fragen, wie z. B. das russische Geschäft, die schwere Lage der Ruhrkohlenindustrie, den Wohnungsbau und die Frage der Schaffung einer Exportkreditversicherung zur Belebung der Wirtschaft ein. Der Minister kündigte eine Denkschrift der Regierung an, die sich mit den einzelnen aufgeworfenen Problemen beschäftigen wird.

Vereinfachung des Militärstrafrechtes. Billigung durch den Reichsrat.

T.U. **Berlin,** 16. Febr. Der Reichsrat nahm heute von dem Gesetzentwurf über die Vereinfachung des Militärstrafrechtes Kenntnis, ohne Einspruch zu erheben. Der neue Entwurf enthält als wichtigste Bestimmung die Bestrafung von Duellvergehen mit Dienstentlassung.

Der Vertreter der Provinz Pommern brachte Bedenken gegen den Entwurf zum Ausdruck, der eine Sonderregelung für Offiziere schaffen würde. Reichswehrminister Dr. Geßler wies auf die formalen Bedenken hin, die der Beschluß des Reichsrates bei der Regierung hervorgerufen habe. Die Neuregelung werde von den betroffenen Kreisen als eine Ausnahmegesetzgebung empfunden. Diese Frage habe an sich nichts zu tun mit der Frage für oder gegen das Duell.

Der Reichsrat nahm ferner den Gesetzentwurf über die Errichtung eines Ausschusses für die Untersuchung der Erzeugung und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft an.

Drei junge Burschen ertrunken.

T.U. **Berlin,** 17. Febr. Wie die Morgenblätter aus Stettin melden, sind drei junge Leute bei Lohme auf der Insel Rügen auf dem Eis eingebrochen und ertrunken.

Amerikareise des Kölner Erzbischofs.

T.U. **Köln,** 16. Febr. Wie verlautet, beabsichtigt der Erzbischof von Köln, Kardinal Dr. Schultze, im Sommer dieses Jahres eine Reise nach Amerika zu unternehmen. Er wird bei dieser Gelegenheit den Bischof von Chicago besuchen und gleichzeitig an dem im Juni in Chicago stattfindenden eucharistischen Kongreß teilnehmen.

400 000 Mark für den Dombau zu Mainz.

T.U. **Mainz,** 16. Febr. In der Stadtverordnetenversammlung wurde ein Antrag der Verwaltung angenommen, daß für die Reparaturarbeiten an dem gefährdeten Dom eine Anleihe von 400 000 Mark aufgenommen werden soll. Die Stadt soll die Verzinsung und Amortisation auf 10 Jahre garantieren, wofür der Betrag von 50 000 Mark bewilligt wurde.

Weißrußlands Dank an Hindenburg.

T.U. **Warschau,** 16. Febr. Die Regierung der Weißrussischen Volksrepublik sandte aus Minsk an den deutschen Reichspräsidenten und die Reichsregierung folgendes Telegramm: „Am Dienstag vor 10 Jahren erklärte der ruhmreiche Oberbefehlshaber Ost, Generalfeldmarschall von Hindenburg, durch einen Erlaß die weißrussische Sprache und Schule für gleichberechtigt mit der deutschen, litauischen und polnischen Sprache und Schule im Gebiete Ober-Ost. Das 15-Millionen-Volk der Weißruthenen gedenkt am heutigen Tage seines hochsinnigen Freundes und des befreundeten großen deutschen Volkes."

Belagerungszustand in Rumänien.

T.U. **Warschau,** 16. Febr. Aus Bukarest wird gemeldet, daß infolge der Unruhen anläßlich der Kommunalwahlen wieder über ganz Rumänien der Belagerungszustand verhängt worden ist.

Kabinettsrat in Paris über die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

T.U. **Paris,** 16. Febr. Der Ministerrat nahm heute einen Bericht über die Finanzlage und über den Verlauf der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen entgegen.

Zum Druseneinfall in Damaskus.

T.U. **Paris,** 16. Febr. Nach Meldungen aus Damaskus drang eine Drusenabteilung in Damaskus ein, mußte sich aber unter Zurücklassung von 20 Toten wieder zurückziehen.

Englands Reserve im Streit um die Ratssitze.

T.U. **London,** 16. Febr. Wie an zuständiger Stelle verlautet, ist vorläufig in der Diskussion um die Ratssitze keine Aenderung der englischen Politik des Schweigens zu erwarten. England wird seine Auffassung bei Gelegenheit der Ratssitzung in Genf und nicht früher zum Ausdruck bringen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Man sagt, daß die Parteinahme Deutschlands oder Frankreichs für oder gegen die Kandidatur Polens oder Spaniens nicht nur verständlich, sondern auch berechtigt sei. England hingegen befinde sich in einer besonderen Lage, die Berücksichtigung verdiene. Demzufolge seien alle Gerüchte der Blätter, selbst dann, wenn sie sich eine offiziöse Aufmachung geben (gemeint ist wohl der „Daily Telegraf") als Kombinationen zu bezeichnen.

Kanada und der Locarno-Vertrag.

T.U. **London,** 16. Febr. Die kanadische Regierung wird im Parlament eine Entschließung einbringen, in der sie erklärt, daß Kanada dem Locarno-Vertrag nicht beitreten werde, da dieser eine europäische Angelegenheit darstelle.

Großfeuer in einem amerikanischen Wolkenkratzer.

T.U. **New-York,** 16. Febr. In dem zweithöchsten Wolkenkratzer New-Yorks, dem sogenannten Equitable Building, brach im 34. Stockwerk Feuer aus, das sofort auf die höheren Stockwerke übergriff. Die Angestellten mußten auf das Dach flüchten. Der Feuerwehr gelang es erst nach langen Bemühungen des Feuers Herr zu werden. Der Sachschaden wird auf 100 000 Dollar geschätzt. Insgesamt sind 12 Personen verletzt worden. Als Brandursache wird Kurzschluß angenommen. Ein glücklicher Umstand war es, daß sich nicht sämtliche Angestellte in dem Gebäude befanden, da es erst 8 Uhr morgens war.

Turnen Spiel und Sport.

Deutsche Turnerschaft. — Handball.

Turnverein Durlach I — **Turnerbund Durlach** I **0:4** (0:1).

Im Schlußrundespiel um die Gaumeisterschaft des Karlsruher Turngaues standen sich am vergangenen Sonntag die beiden ersten Handballmannschaften der hiesigen Turnvereine, Turnerbund und Turnverein auf dem Platze des letzteren gegenüber.

Von Turnerbunds Anwurf weg, entwickelt sich sofort ein scharfes, jedoch faires Spiel. Die anfänglich aufgeregte Spielweise beiderseits legt sich bald und in der Folge spielt sich Tbd. eine Ueberlegenheit heraus, die während der 1. Spielhälfte, von einigen vorübergehenden bedrängten Situationen, die Seitens des Platzvereins geschaffen werden, abgesehen, anhält. Tv. Torwart sowie Verteidigung leistet harte Arbeit und ist es besonders dieser zu verdanken, daß zählbare Erfolge seitens des Gegners bisher ausblieben. Knapp 1 Minute vor Seitenwechsel endlich bucht Tbd. den 1. wohlverdienten Treffer. — Nach Wiederbeginn rafft Tv. seine Kräfte zur Gegenaktion zusammen und bedrängt auch einige Zeit Tbd. Heiligtum, jedoch ließ die mit Ersatz spielende Stürmerreihe die bisher gewohnte Schußfreudigkeit vermissen. Tbd., vom bisherigen Siegeswillen beseelt, legt sich mächtig ins Zeug und kommt nun auch wieder besser auf; er kann in der Folgezeit sogar das Spiel fest im Banne halten. Die Erfolge blieben alsdann auch nicht aus. In der 12. Minute sendet Tbd. zum 2. Male ein und nicht lange hält es an, folgt das 3. Tor. Tv. unternimmt verzweifelte Durchbrüche, die jeweils die gute gegnerische Verteidigung im Verein mit ihrem Torwächter zu nichte machen. Ein Strafwurf bringt gegen Ende des schön verlaufenen Spiels den 4. Erfolg für Tbd.

Tbd., die technisch bessere und körperlich stärkere Mannschaft hat den Sieg vollkommen verdient. Schiedsrichter Süß (Tgmde. Pforzheim) leitete das Spiel zur beiderseitigen Zufriedenheit.

Tv. Durlach 2. — Tbd. Durlach 2. 2:9.
Tv. Durlach Jugend — Tbd. Durlach Jugend 2:1. H.

*

A.S.V. Durlach I — **F.V. Grünwinkel** I **1:5** (1:4).
2. Mannschaften 2:8.

Das bei schönem Fußballwetter stattgefundene Treffen zeigte 2 Mannschaften in Form. Schon vom Anspiel weg flinkes Tempo. Beide Tore kommen in Gefahr. Der G. Sturm findet sich besser zusammen. Ein wegen Hände gegebener Elfmeter wird vom Durlacher Torwart gehalten, in der 17. Minute gelingt es jedoch G. einzusenden. Die D. Mannschaft setzt nun alles daran, kann jedoch nichts erzielen. Ein neuer Angriff der Gäste wird zur Ecke abgewehrt, die jedoch schön getreten, verwandelt wird. In der 40. Minute gelingt es nun auch den Einheimischen das einzige Tor des Tages zu erzielen, dem die Gäste in der 42. und 43. Minute noch je ein weiteres hinzufügen.

Nach Seitenwechsel folgt zunächst Feldspiel. Die D. Mannschaft leitet nunmehr Angriffe ein, die jedoch infolge mangelnder Durchschlagskraft verpuffen. In der 73. Minute können die Gäste nochmals erfolgreich sein und mit 1:5 gab Sportgenosse Moos-Aue, der dem Spiel ein guter Leiter war, den Schlußpfiff. —o.

Mutmaßliches Wetter für Donnerstag.

Eine neue Depression bei Island wird nicht ohne Einfluß auf die Wetterlage bleiben. Für Donnerstag ist deshalb unbeständiges, mehrfach bedecktes, aber nur zu geringen Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

Die Kraftfahrzeugbesitzer werden wiederholt auf folgende Neuerungen der Kraftfahrzeug V.O vom 5. 12. 1925 hingewiesen:

A. Bis zum 1. März 1926 sind an bereits zugelassenenen Kraftfahrzeugen:
1. angebrachte Auspuffklappen zu entfernen und
2. andere Maßnahmen, die es ermöglichen, die Schalldämpfer in ihrer Wirkung abzuschwächen od. auszuschalten, zu beseitigen

Bis zum gleichen Tage sind Auspuffrohre mit ausreichenden schalldämpfenden Mitteln zu versehen und deren abwärts gerichtete Enden zu ändern

B. 1. Als Kleinkrafträder gelten vom 1. März 1926 ab nur noch solche Kraftträder, deren Steuernutzleistung bei einem Außendurchmesser der Radreifen von mehr als 40 cm 0.7 PS, bei kleinerem Außendurchmesser 0.9 PS nicht übersteigt.
2. Kleinkrafträder in diesem Sinne brauchen vom 1. März 1926 ab eine polizei-Erkennungsnummer; ihre einstweilige Inbetriebnahme ist nur mit besonderem Probefahrtkennzeichen zulässig.
3. Kraftträder, die demnach (Ziffer 1) nicht mehr als Kleinkrafträder anzusehen sind, sind vom 1. März 1926 ab voll zulassungs- und führerscheinpflichtig.

Karlsruhe, den 16. Februar 1926. (O.8 - 29)
Badisches Bezirksamt. — Polizeidirektion C.

Konkurseröffnung.

Ueber das Vermögen der Eugen Leibbrandt Witwe, Marie geb. Wehrle in Grötzingen (Wollwarenhandlung), ist heute am 15 Februar 1926, nachmittags 1/2 7 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da die Gemeinschuldnerin infolge Ueberschuldung die Eröffnung des Konkursverfahrens beantragt hat. Der Rechtsanwalt Dr. Baumberger in Durlach ist zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 8. März 1926 bei dem Gerichte anzumelden. Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Montag, den 15. März 1926, vormittags 9 Uhr. Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 8 März 1926 Anzeige zu machen.

Durlach, den 15. Februar 1926.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Bekanntmachung.

Die Stadtgemeinde Ettlingen versteigert am **Samstag, den 20. ds. Mts.,** mittags 2 Uhr in der Festhalle 650 Baustangen I. und II. Klasse, 250 Hagstangen, 1250 Hopfenstangen I.—IV. Kl., 280 Rebstecken und 80 Los Schlagraum, am **Montag, den 22. ds. Mts.,** mittags 2 Uhr in der Festhalle 2000 Ster Forlen- und gemischt Brennholz und 6000 Wellen.

Ettlingen, den 15. Februar 1926.
Der Bürgermeister.

80 Stück fertige
Zimmertüren
kompl mit Futter und Verkleidung, solide Ausführung, sehr preiswert abzugeben.
Jul. Gerhardt, mech Schreinerei
— Gartenstraße 13. —

Empfehle für heute nachmittag im Hofe Schlachthausstr. 10
Mastochsenfleisch (Gefrierfleisch)
Emil Schneider jg.

Hundehütte
zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 83 an den Verlag.

Kind
wird in lbv. **Pflege genommen.** Zu erfragen Friedrichstr. 1, III.

In unübertroffener Qualität
jedoch ohne Zugaben
— die niemand umsonst geben kann —
kaufen Sie
Aecht Franck
Kaffee-Zusatz
und
Kornfranck
Kaffee-Ersatz
Schutzmarke

Volksbank Durlach
eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht
empfiehlt ihre Dienste zur
Ausführung aller bankmässigen Geschäfte
sowie zur
Annahme von Spareinlagen
von jedermann bei Vergütung der höchsten Zinssätze.
Telephon 24 und 25.

Wohnungs-Veränderung.
Meine Wohnung befindet sich **Bäderstr 8 I. St.**
Empfehle mich im **Baum-Putzen und -Zweigen,** sowie im **Umstoßen u. Neuanlegen** von **Nutz- und Ziergärten** bei billigster Berechnung.
R. Debatin.

In nächster Umgebung von Karlsruhe u. Durlach sind
große Stallungen,
geeignet f. Viehhaltung, Schweinezucht, sowie eine
3-4 Zimmerwohnung
mit reichlichem Zubehör sofort bezugsfähig zu vermieten
Gefl. Offerten unter Nr 81 an den Verlag.

Zu verkaufen einige
Leghühner,
sowie großfrüchtige
Johannis- u. Stachelbeerpflanzen
Durlach-Aue
Hauptstraße 39.

Dickrüben
zu kaufen gesucht. Angebote an
Leonhard Braun Ww.
— Beiertheim —
Breitestraße 153.

Für Kinder
Insel Samos
muscat
der edle Griechenwein
1/1 Flasche 2.—
1/2 Flasche 1.20
U. Schurhammer
Weingroßhandlung
Blumenstr. 13

Suche sonnige
2 Zimmerwohnung
mit Küche u. Zubehör in gut. Hause. Tauschwohnung vorhanden.
Frau General Röhrich
Blumenstraße 3.

Laden
zu mieten gesucht, in guter Lage Angebote unt. Nr. 78 an den Verl.

Frische
Eier
hat abzugeben
Gutsverwaltung Rittnerthof.

Schönes großes möbl.
Schlafzimmer
mit 2 Betten zu mieten gesucht
Angebote unt. Nr. 82 an den Verlag.

Mädchen
jüngeres, fleißig, ehrlich, das zu Hause schlafen kann, sofort gesucht.
Angebote unt. Nr. 80 an den Verlag.

Empfehle mich im
Hohlschleifen
von Rasiermessern, Rasierklingen, Haarschneid-Scheren Haushaltscheren.
Emil Karcher
Hohlschleiferei, Schloßkaserne Haus I, Wohng 6.

Milch
ist täglich zu haben bei
Karl Kleiber
Kelterstr. 33.

8 Wochen alte
Milchschweine
zu verkaufen.
Durlach-Aue
Hauptstraße 38.

TUGER
Eingetroffen lebendfrische
Cabliau
im ganzen Fisch
Pfd. 30 ₰
Seelachs
Pfd. 30 ₰
Frisch gewässerte
Stockfische
blütenweiß
Pfd. 32 ₰
Frische
Süß-Bücklinge
Pfd. 32 ₰
Bismarckheringe
3 Stück 25 ₰
neue
Salzheringe
Stück 7 ₰

Zur
Frühjahrsbestellung
empfehlen wir:
Zugmaschinen
Pflüge
Kultivatoren
Ackerschleifen
Ackereggen
Saateggen
Wieseneggen
Sämaschinen
Walzen
Jauchepumpen
für Hand- u. Kraftbetrieb
Jauchefässer
Düngerstreumaschinen
Düngerwannen
Ferner machen wir auf unsere sonstigen landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte aller Art aufmerksam.
Reichhaltiges Lager, mäßige Preise, günstige Zahlungsbedingungen.
Einkaufs-Vereinigung Süddeutscher Landwirte
G. m. b. H.
Durlach
Tel. 62. Hauptstr. 2.

Cutaway-Anzug
fast neu, preiswert abzugeben.
Zu erfragen bei Schneidermeister **Hund,** Kelterstraße 13.

Bethel-Film
zweiter Teil
am Donnerstag abend in der Kirche in
Durlach-Aue.
Um 5 Uhr für Kinder, 1/2 8 Uhr für Erwachsene. — Eintrittspreise: Kinder 25 Pfg., Erwachsene 50 Pfg.

Demokratischer Verein Durlach.

Donnerstag, den 18. d. M., abends 8 Uhr, in Scherers Weinstube
Vorstandssitzung
und daran anschließend um 1/2 9 Uhr
Mitgliederversammlung.
Es wird höfl. gebeten, zu beiden Veranstaltungen pünktlich und vollzählig zu erscheinen.
Der Vorsitzende.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
Ortsgruppe Durlach.

Freitag, den 19. d. M., abends 8 Uhr, **Versammlung** im **Lamm** mit **Vortrag** des Herrn Rechtsanwalts Dr. Hoffmann über
Der Fall Reize vor dem Schwurgericht.
Alle auf dem Boden der Weimarer Verfassung stehenden Personen und Parteien sind hierzu freundl. eingeladen.
Der Vorstand.

Heute Mittwoch
Schlachttag.
Chr. Merz, Gambrinus.

Spanische Weinhalle.
Morgen Mittwoch
Schlachtfest.

Radio-Empfangsapparate,
erstklassige Fabrikate, mit und ohne Verstärker, desgl. Anoden- und Heizbatterien stets frisch, Antennenmaterial billig abzugeben.
Vorführung der Apparate in den Abendstunden bereitwilligst.
A. Weiler
Allmendstr. 1.

Evangelischer Gottesdienst Durlach-Aue.
Donnerstag, den 18. Febr., 5 Uhr und 8 Uhr:
Vorführung des Bethel-Films.

Für Aquarienfreunde.
Aquarium
(50 l.) mit reichem Pflanzenwuchs (Abschlußhahnen) wegen Platzmangel zu jed. annehmbaren Preis billig abzugeben
A. Schneider
Weingarterstr. 13, 3.

Kleine
Anzeigen
haben in dieser Zeitung den größten Erfolg.